

Im lückenlosen Überwachungsstaat

Innenminister Sobotka will alle Bürger unter Generalverdacht stellen

Alexandra Förderl-Schmid

Nach jedem Terroranschlag in Europa gibt es den gleichen Reflex: Eine Ausweitung der Überwachung wird gefordert. Was aber Innenminister Wolfgang Sobotka als zentrales Vorhaben für 2017 ankündigt, ist mehr: Das ist in Konsequenz eine lückenlose Überwachung aller, die sich in Österreich aufhalten. Ganz egal, ob sie bisher unbescholtene Bürger waren oder schon einmal mit einem Gesetz in Konflikt gekommen sind. Jede und jeder steht unter Generalverdacht. Wer mit dem Auto durch die Lande fährt oder sich auf einem öffentlichen Platz aufhält, läuft Gefahr, ins Visier von Fahndern zu geraten, sollten diese Vorhaben tatsächlich umgesetzt werden.

Wohl wissend, dass ein Großteil der privaten Videoüberwachungsmaßnahmen von Privatpersonen einen Verstoß gegen das Datenschutzrecht darstellt, der meist nicht geahndet wird, will er diese Kameras nicht nur passiv tolerieren, sondern sogar aktiv nutzen. Mehr als eine Million Kameras gebe es, die man in Serie schalten könne, schwärmt der ÖVP-Minister. Dazu kommen auch noch die Kameras der Asfinag, die Material liefern und zur Kfz-Kennzeichenerfassung beitragen sollen. Die erschrockene Reaktion des Autobahnbetreibers zeigt, dass sich der Minister bei dem Unternehmen, das eine Gesellschaft des Bundes ist, gar nicht erkundigt hat, ob dies technisch derzeit möglich ist.

Die Frage, ob das sinnvoll ist, hat sich der Minister offensichtlich auch nicht gestellt. Denn sein Verweis auf Großbritannien, das mit bis zu sechs Millionen Aufnahmegeräten als eines der weltweit am stärksten mit Kameras überwachten Länder der Welt gilt, hätte ihn von seinem Vorschlag abbringen können. Scotland Yard hat bereits 2010 festgestellt, dass diese Form der Überwachung „ein völliges Fiasco“ sei. Der Beitrag zur Aufklärung von Verbrechen sei minimal, die Polizei ertrinke in einer Bilderflut.

Die Kontrolle der Uferpromenade in Nizza mit Kameras konnte die Lastwagenattacke vom vergangenen Juli mit 86 Toten nicht verhindern. Auch der Terroranschlag von Berlin hätte durch mehr Videoüberwachung nicht verhindert werden können. Die Polizei wusste genug über Anis Amri, konnte aber ihre Informationen nicht richtig einordnen. Nicht der Mangel an Informationen, sondern

das Herausfiltern des Relevanten aus deren Fülle ist nach Ansicht vieler Ermittler das Problem. Auch schärfere Gesetze können solche Taten nicht verhindern, wenn bereits vorhandene Möglichkeiten in einem Rechtsstaat nicht ausgeschöpft werden. Ob sich ein „Gefährder“ wegen einer Fußfessel von einem Selbstmordattentat wirklich abbringen lässt?

Sobotkas Pläne, der auch Lauschangriffe im Auto erlauben will, widersprechen außerdem der Rechtsmeinung des Europäischen Gerichtshofs. Die Richter kippten kurz vor Weihnachten die Vorratsdatenspeicherung,

die auch als Antiterrormaßnahme eingeführt wurde, mit der Begründung, dies sei ein zu „gravierender Eingriff in die Grundrechte“. Wie Daten missbräuchlich verwendet werden, zeigte sich jüngst im US-Wahlkampf.

Sobotka setzt auf eine Mischung aus Metternichs und Orwells Praktiken im 21. Jahrhundert: Das Auge und das Ohr des Staates sind überall, aus einer Vernetzung von Daten können Rückschlüsse auf jeden Einzelnen gezogen werden. Dieser Preis ist zu hoch: nur um die gefühlte Sicherheit zu erhöhen, alle Bürger ohne Anlass unter permanente Überwachung zu stellen.

KOPF DES TAGES

Topmanagerin im bilderreichen Kirchenstaat



Barbara Jatta ist Herrin über 800 Mitarbeiter und Mutter von drei Kindern.

Foto: Picturedesk

Es gibt wenige Länder in der westlichen Welt, in denen der Anteil von Frauen in Führungspositionen so gering ist wie im Staat der Vatikanstadt. Nun hat Papst Franziskus gleich einen der wichtigsten und prestigereichsten Posten, den er zu vergeben hat, mit einer Frau besetzt: Seit dem 1. Jänner amtiert die Kunsthistorikerin Barbara Jatta als Direktorin der Vatikanischen Museen – als erste Frau in der Geschichte der weltberühmten, mehr als 500 Jahre alten Institution. Sie löste den 77-jährigen Exkulturminister Antonio Paolucci ab, der vor zehn Jahren von Papst Benedikt XVI. ernannt worden war.

Barbara Jatta gebietet nun nicht nur über weltberühmte Kulturdenkmäler wie die Sixtinische Kapelle oder die Stanzen des Raffael, sondern auch über eine der ältesten Bibliotheken und über rund 70.000 Kunstobjekte aus Ägypten, der griechischen und römischen Antike, aus Byzanz, dem Mittelalter, der Renaissance, dem Barock und der Moderne. Im vergangenen Jahr verzeichneten die Vatikanischen Museen mehr als sechs Millionen Eintritte, die Einnahmen von rund 100 Millionen Euro sind eine wichtige Finanzquelle des Kirchenstaats.

Barbara Jatta hatte an der römischen Sapienza-Universität zunächst ein

Literaturstudium absolviert, ein Jahr darauf erwarb sie ein weiteres Diplom in Archivkunde, Paläografie und Diplomatik. 1991 promovierte sie im Fach Kunstgeschichte.

Vor zwanzig Jahren trat Jatta in den Dienst der Vatikanischen Museen ein – zuerst leitete sie die Abteilung für Drucke, 2010 wurde sie von Papst Benedikt XVI. zur Kuratorin der Drucke in der Vatikanbibliothek ernannt. Im Sommer 2016 stieg sie unter Papst Franziskus zur Vizerektorin der Vatikanischen Museen auf. Seit 1994 hat sie außerdem einen Lehrauftrag an einer neapolitanischen Universität.

Jatta ist mit einem Kinderarzt verheiratet und Mutter von drei Kindern. Im ersten Interview nach ihrer Wahl zeigte sie sich stolz darauf, Familie und berufliche Karriere immer unter einen Hut gebracht zu haben. Ihren obersten Dienstherrn hat die neue Direktorin bisher nicht persönlich kennengelernt: Papst Franziskus habe die Vatikanischen Museen in seiner Amtszeit noch nicht besucht. „Er hatte bestimmt andere Prioritäten und Dringlichkeiten“, meinte Jatta beinahe entschuldigend. Aber wenn der Papst einmal Zeit finde, dann würde sie sich darüber freuen, ihn durch die Säle des „schönsten Museums der Welt“ zu führen. *Dominik Straub*